

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 3 (1800-1801)

Rubrik: Gesetzgebender Rath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Montag, den 1 Dec. 1800.

Drittes Quartal.

Den 10 Febräre IX.

Gesetzgebender Rath, 20. Nov.

Präsident: Fuesli.

Die Abfassung des Gesetzes über die Wirthschaf-
ten wird angenommen. Es ist folgendes:

Der gesetzgebende Rath,

In Erwägung, daß die uneingeschränkte Freyheit
des Weingewerbs, sowohl auf die Sittlichkeit als den
Wohlstand der Bürger die nachtheiligsten Folgen habe.

In Erwägung, daß es dem Staat daran liegt, die
Betreibung dieses Gewerbs unter solche Polizeyanstalten
zu bringen, daß eines Theils die darauf gelegte Abgabe
nicht unterschlagen, und andern Theils dasselbe der
Aufsicht der Polizei unterworfen werden könne.

In weiterer Erwägung, daß der Staat dafür zu
sorgen hat, daß zur Erleichterung des Verkehrs der
Fremden mit den Einheimischen, und der Bürger der
verschiedenen Gegenden unter einander, aller Orten im
Lande gehörig eingerichtete Wirthschaften anzutreffen
seyen.

In Erwägung endlich, daß die durch die bisherigen
Gesetze vorgeschriebenen Anordnungen weder diesen
Erfordernissen entsprechen, noch jenen Nachtheilen
vorbeugen,

verordnet:

1. Vom 1. Jenner 1801 an ist der Verkauf von
Wein und andern geistigen Getränken im Detail
jedermann verboten, der nicht nach Ausweis der
folgenden Artikel von den betreffenden Behörden die
Bewilligung dazu wird erhalten haben.

Als Weinverkäufer im Detail wird ange-
sehen, sowohl derjenige, der weniger als fünf und
zwanzig Maas auf einmal verkauft, als aber der,
so in kleinern oder grössern Quantitäten Wein oder

andere geistige Getränke ausschänkt, um in seiner
Wohnung vertrunken zu werden.

2. Die Bewilligung zum Verkauf von Wein und an-
dern geistigen Getränken im Detail, soll von der
betreffenden Verwaltungskammer ertheilt, und dem
jenigen, dem sie zugestanden wird, ein Bewilli-
gungsschei darüber zugestellt werden.

3. Die Verwaltungskammern sind beauftragt, die
ihnen zukommenden Begehren dieser Art dahin zu
untersuchen: ob überhaupt das Bedürfnis der Ge-
gend die Errichtung der verlangten Wirthschaft
erheische? und ob das Gebäude, in welchem der
Wirtshalter die Wirthschaft treiben will, sowohl in
seiner innern Einrichtung, dem Zwecke der ver-
langten Wirthschaft entspreche, als aber so gelegen
sey, daß solches der ordentlichen Polizei unterwor-
fen werden könne?

Zu diesem Ende werden sie einerseits in des Wirt-
stellers Kosten den erforderlichen Augenschein ein-
nehmen, anderseits aber zu Erlangung mehrerer
Kenntnis der allfällig dagegen waltenden Einwen-
dungsgründe, das Begehren selbst in den nächstge-
legenen Gemeinden öffentlich bekannt machen lassen.

4. Wenn die Verwaltungskammer, nach dieser vorge-
nommenen Untersuchung, die Errichtung der an-
geehrten Wirthschaft nicht rathlich findet, und
den Wirtshalter abweist, so soll es bey dieser Ab-
weisung sein Verbleiben haben; Sach sey denn,
daß es um die Errichtung einer grössern Tavernen-
Wirthschafts-Anstalt zu thun sey, in welchem Fall
die Verweigerung vor die vollziehende Gewalt ge-
zogen werden kann.

5. Will hingegen die Verwaltungskammer dem Be-
gehren entsprechen, so soll sie dasselbe nebst allen
Bezügen und ihrem Befinden, an die vollziehende

Gewalt einsenden, und erst nach erhaltener Genehmigung dem Bittsteller den Wirthschafts-Bewilligungsschein zufertigen.

6. Von den im Artikel 3, 4 und 5 enthaltenen Vorschriften sind ausgenommen:

a) Die Besitzer der Wirthschaften, denen bereits vor der Umänderung der vormaligen Verfassung ein Wirthschaftsrecht beygelegt war.

Wenn nicht überwiegende Gründe die Einziehung des einen oder andern dieser Rechte nothwendig machen, so soll den Besitzern derselben nach Maßgabe des ihnen vorher zugestandenen Wirthschaftsrechts, von der Verwaltungskammer ohne weiters ein Wirthschafts-Bewilligungsschein zufertigt werden. Im Fall aber die Verwaltungskammer die Einziehung des einen oder andern dieser ehemaligen Rechte nöthig finden sollte, und dem zufolge die Ertheilung eines solchen Scheins verweigern würde, so bleibt demjenigen, der sich durch diesen Abschlag benachtheiligt glaubt, der Rekurs an die vollziehende Gewalt offen.

b) Die Bewohner der Weingegenden in Betreff ihres eigenen Weingewächses.

Denselben sollen die Verwaltungskammern ebenfalls einen Erlaubnisschein ausfertigen, um ihr eigen Weingewächs bey der Pinte ausschenken zu dürfen; jedoch soll diese Befugniß bloß auf das Ausschenken des Weins über die Gasse, und zwar allein in dem Nebgelände, wo der Wein gewachsen ist, und dessen Umkreis die Verwaltungskammer zu bestimmen hat, eingeschränkt seyn.

c) Die Bewohner der Städte und derjenigen Flecken und Dorfschaften, wo Jahr- und Wochenmärkte gehalten werden.

Den Verwaltungskammern ist überlassen, nach vorgelegtem Bericht von den Municipalitäten, denselben nach Bedürfniß der Ortschaften, und mit den nöthig findenden Beschränkungen in Absicht auf die Zeit, Wirthschafts-Patente, jedoch bloß für Pintenschenkrechte, zu ertheilen.

d) Diejenigen, welche sogenannte Kaffeehäuser errichten wollen, und die sogenannten Traiteurs; diesen können die Verwaltungskammern auf eingeholten Bericht der Municipalität je nach den Umständen, zu Treibung dieses Gewerbs ein Patent gestatten.

7. Es liegt ferner den Verwaltungskammern ob, sowohl überhaupt, als besonders in Absicht auf die im §. 6. b, c und d. gestatteten Wirth-

schaftsrechte, diejenigen Anordnungen vorzuschreiben, welche zu richtiger Beziehung der Getränke, Steuern und zu Ermöglichung einer genauen Polizeiaufsicht nöthig seyn mögen.

8. Die Bewilligungsscheine zu den in Folge des Artikels 3 bis und mit 6, a) ertheilten Wirthschafts-Rechten, sollen nicht für länger als höchstens auf zehn Jahre gestellt werden, nach deren Verfluß die Besitzer derselben gehalten sind, sich bey der betreffenden Verwaltungskammer um die Erneuerung derselben auf andere zehn Jahre zu melden, die ihnen dann ohne erhebliche Ursachen nicht ausgeschlagen werden soll.

Kein solcher Wirthschafts-Bewilligungsschein darf aber für den Rest seiner Dauer an einen andern eigenthümlich abgetreten werden, ohne Bewilligung der Verwaltungskammer, die jedoch dieselbe nicht ohne erhebliche Ursache verweigern darf. Im Fall dann die Verwaltungskammer die Erneuerung eines Wirthschafts-Bewilligungsscheins, oder die Bewilligung ihrer Abtretung abschlagen sollte, kann derjenige, der sich dadurch beschwert glaubt, vor die vollziehende Gewalt rekurren.

9. Für die Erhaltung eines solchen auf die Dauer von 10 Jahr gestellten Wirthschafts-Bewilligungsscheins, wird von demjenigen, welchem er zugestanden wird, je nach dem mehrern oder mindern Vortheil, den die Wirthschaftsanstalt ihrem Besitzer verspricht, nach dem Befinden der Verwaltungskammer bezahlt, wie folgt:

Für einen Tavernenrechts-Bewilligungsschein von Fr. 50 bis 200.

Für den eines Pintens- oder Weinschenkrechts von Fr. 25 bis 100.

Von der Bezahlung dieser Bewilligungsgebühr sind die Besitzer der vormaligen Wirthschaften ausgenommen.

Für die zehnjährige Erneuerung dieser Scheine, wird von dem Tavernenwirth 25 bis 100 Fr. und von dem Pintens- oder Weinschenk 12 1/2 bis 50 Fr. bezahlt.

10. Die Wirthschafts-Patenten, die Kraft des Art. 6. Abschnitt b, c und d, ertheilt werden, sind nur für ein Jahr gültig.

11. Wer Wein oder andere geistige Getränke im Detail verkauft, ohne nach der Vorschrift gegenwärtigen Gesetzes dazu die Bewilligung erhalten zu haben, soll das erstmal mit einer Geldbaße von

wenigstens zwanzig und höchstens fünfzig Franken, unvermögendes Fads mit einer Gefängnißstrafe von zwei bis fünf Tagen, und im Wiederholungsfall mit der doppelten Strafe; zum drittenmal aber, über die dreifache Strafe aus, mit einer Gefangenschaft von wenigstens sieben und höchstens acht und zwanzig Tagen belegt werden.

12. Dem Kaffeeirth ist verboten, seinen Gästen gekochte Speisen oder inländische Weine vorzusetzen; dergleichen ist dem Pinten, oder Weinschenk untersagt, seine Gäste mit warmen Speisen zu bewirtheten; und endlich ist beiden so wie auch den Traiteurs verboten, solche über Nacht zu beherbergen.

Wer dawider handelt, soll das erstemal mit zwei Franken, im ersten Wiederholungsfall mit der doppelten Strafe, und zum drittenmale, nebst Zurückziehung seines Patents, mit der vierfachen Strafe belegt werden.

13. Jeder, dem ein Bewilligungsschein zu Errichtung einer Wirthschaft ertheilt wird, soll sich angelegen sijn lassen, nach der Beschaffenheit seines Wirthschaftsrechts seinen Gästen jederzeit mit dem Erforderlichen in billigen Preisen aufzuwarten.

Die Municipalität des Orts, welcher die dazugehörige Aufsicht über die Wirthe übertragen ist, soll, im Fall gegründete Klagen einlangen sollten, auf wiederholte fruchtlose Warnung, einen solchen seine Pflichten vernachlässigenden Wirth bey der Verwaltungskammer verurtheilen, die dann demselben seinen Bewilligungsschein zurückziehen kann.

14. Diejenigen, so Wirthschafts-Bewilligungsscheine oder Wirthschafts-Patente erhalten haben, haften für die diesem Gesetz zuwiderlaufenden Handlungen ihrer Lehenwirthe, in so weit eine Geldbuße oder Zurückziehung des Erlaubnißscheins darauf gesetzt ist; dagegen aber sollen die Eigenthümer der Wirthschaften befugt seyn, auf das der Zurückziehung des Erlaubnißscheins unmittelbar vorgehende Vergehen, ihre Lehenwirthe ohne weiters und ohne Entschädigung bey nicht vollendeter Lehenzeit, ab dem Lehen zu thun; zu welchem Ende, im Fall der Artikel 12 und 13, die Distriktsgerichte angewiesen sind, den Besitzern derselben von den Fehlstritten ihrer Lehenwirthe Bekanntschaft zu geben.

15. Die Beurtheilung der gegen die Verordnungen des gegenwärtigen Gesetzes laufenden Vergehen steht, in dem Fall der Art. 11 und 12 den Distriktsgerichten,

als einstweiligem Polizeyrichter zu. Ein Drittheil der Buße fällt der Municipalität, und die beyden andern der Nation anheim.

16. Gegenwärtiges Gesetz soll vom ersten Jenner 1801 an, in Ausübung gebracht werden, und sodann von diesem Zeitpunkt hinweg, der Beschluß des Vollziehungs-Direktoriums vom 3ten Christmonat 98, in soweit er die Wirthshäuser und Vintenschanken betrifft, ferner die Gesetze vom 30ten Aug. und 24ten Herbstmonat 1799, so wie auch die Art. 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 4ten und die Berichtigung desselben vom 24ten April 1800 zurückgenommen seyn.
17. Dieses Gesetz soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, und an gewöhnlichen Orten angeschlagen werden.

Ein Zusehrift der Municipalität Yverdon schließt sich an die früheren lemanschen Adressen und an den Wunsch von der Schweiz ungetrennt zu bleiben, an.

Folgende Botschaft an die Vollziehung wird beschlossen:

„Mitte unter den sorgenvollen Arbeiten, womit Sie B. B. R. sich unablässig, gleich uns beschäftigen, um wenigstens einige der zahllosen Wunden zu heilen, welche die furchtbaren Ereignisse der Zeit unserm innern Wohlstand geschlagen, können Sie sich die frohen Empfindungen gedenken, welche Ihre gestrige Botschaft und die darin enthaltenen wichtigen Nachrichten des außerordentlichen Gesandten der Republik in Paris, B. Glaire, in uns erregen mußten. — Empfindungen, die gewiß jeder biedere Helvetier, eben so lebhaft mit uns theilen muß.“

„Wenn in einem Augenblick, der das Schicksal von mehr als Einem Welttheil, vielleicht auf Jahrhunderte entscheiden soll, der erste fränkische Consul den ältesten Bundesgenossen seines Volks ein seiner Größe so würdiges Wort giebt: daß er sogar die drückende Last des Bundesvertrags vom J. 1798 in eine Wohthat für uns umwandeln will.“

(Die Fortsetzung folgt.)

Kleine Schriften.

Schreiben des Bezirksstatthalters von Burgdorf an seinen Freund R** über Pestalozzis Lehranstalt. S. Bern, b. Gessner 1800. S. 15.

Der B. Schnell hat sich durch die thätigste Verwendung für Pestalozzis Unterrichtsanstalt in Burg-